

- Persistenter Identifier:** 1571051867188_1979
- Titel:** ARCH+ : Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen
- Ort:** Stuttgart
- Datierung:** 1979
- Strukturtyp:** volume
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1979/1/
-
- Abschnitt:** Sozialkulturelle Aspekte einer arbeitnehmerorientierten Wohnumfeldplanung
- Autor:** Hellweg, Uli
- Strukturtyp:** article
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1979/64/LOG_0025/

Sozialkulturelle Aspekte einer arbeitnehmerorientierten Wohnumfeldplanung

Die sozialen und kulturellen Gewohnheiten und Traditionen der arbeitenden Bevölkerung im Ruhrgebiet waren bis zum Eintritt der Kohlekrise Ende der 50er Jahre wesentlich enger mit dem industriellen Berufsalltag verbunden als dies heute noch der Fall ist.

Industrielle Standortverlagerung, Arbeitsplatz- und Berufsverlust, Umschulung, Verkauf der Werksiedlungen, erhöhter Mobilitätszwang etc. haben viele der ehemals homogenen Arbeiterquartiere aufgelöst. Statistischer Ausdruck dieses Prozesses ist die Tatsache, daß 1/3 der Ruhrgebietsbevölkerung innerhalb von nur 6 Jahren (1970 bis 1975) „umgeschichtet“ wurde¹.

Geht man davon aus, daß es Ziel kommunaler Planung sein soll, die Bindungen zwischen einer Stadt und ihrer Bevölkerung zu stärken, so müssen sich kommunale Maßnahmen und Planungen daraufhin hinterfragen lassen, inwieweit sie „funktionierende“ Sozialstrukturen unterstützen bzw. brüchige stabilisieren. Ohne hier die Einflußmöglichkeiten kommunaler Politik und Planung, den Mobilitätsdruck abzuschwächen, überschätzen zu wollen, steht außer Zweifel, daß kommunale Planungspraxis bisher soziale Erosionsprozesse nicht nur nicht aufhält, sondern direkt oder indirekt unterstützt.

Gerade das Wohnumfeld und die nachbarschaftlichen Zusammenhänge bilden den Raum sozialer Stabilisierung und Kontinuität. Stadtplanung, speziell Wohnungsmodernisierungs- und Wohnumfeldplanung, nimmt auf das empfindliche Verhältnis von Bedürfnisstruktur und Nutzungsangebot positiv oder negativ Einfluß. Ob eine Kommune zuläßt, daß eine noch homogene Arbeitersiedlung privatisiert wird, ob sie Grabeländer als städtebauliche Mißstände beseitigt und Gärten mit Eigenheimen bebauen läßt, ob sie eine Schule oder einen Kindergarten schließt, weil die notwendigen Mindest-Zahlen nicht mehr erreicht werden usw. immer werden solche Maßnahmen unmittelbar Auswirkungen auf die Entwicklung der Sozialstruktur im Viertel haben.

Umgekehrt ausgedrückt beinhaltet eine sozialorientierte Wohnumfeldplanung die reale Chance zur Stabilisierung der Sozialstruktur, zur Verhinderung von Stadtflucht und schließlich zur Herstellung „urbaner Qualitäten“.

Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß die Priorität der gebrauchswertorientierten konkreten Nutzungsansprüche der Bevölkerung gegenüber den Verwertungsinteressen anerkannt wird und die Bewohner selbst an den ihr Viertel betreffenden Planungen und Entscheidungen

teilnehmen können.

Bürgerschaftliches Engagement, demokratische stadtteilbezogene Entscheidungsstrukturen und schließlich bedürfnisbezogene Stadtteilplanung dürften wesentlich effektivere Instrumente zur Bekämpfung der Stadtflucht sein als die Ausweisung aller nur verfügbaren Flächen für die Eigenheimbebauung.

Eine der wesentlichsten Möglichkeiten der Kommune, über Wohnumfeldmaßnahmen die nachbarschaftlichen und sozialen Bindungen in und die Identifizierung mit einem Stadtteil bzw. Wohnquartier zu stärken, liegt in einer **stadtteilbezogenen Kulturpolitik**.

Im Rahmen der Bürger- und Jugendinitiativbewegung hat in den letzten Jahren eine Wiederaufnahme von stadtteilbezogenen Kulturaktivitäten stattgefunden. In Gelsenkirchen kämpft die Bürgerinitiative Flöz Dickebank, nachdem sie mit Erfolg die Erhaltung ihrer Siedlung durchgesetzt hat, für ein Volkshaus, das durch Umbau des alten, ausrangierten Waschhauses geschaffen werden soll²; in Oberhausen werden Überlegungen zur Umwandlung einer alten Fabrik („Altenberg“) in ein Kulturzentrum angestellt; in zahlreichen Städten haben sich Initiativen für selbstverwaltete Jugendzentren gebildet, die z.T. bereits existieren (z.B. Eschhaus in Duisburg, Komic in Gelsenkirchen, Fabrik K-14 in Oberhausen).

Auch in der *gewerkschaftlichen Jugendarbeit* (vor allem durch das „junge Forum“ im Rahmen der Ruhrfestspiele) findet eine Neuorientierung der Kulturarbeit auf die konkreten Alltagserfahrungen (Arbeitslosigkeit, Betriebskonflikt) der Jugendlichen statt. Wesentliche Forderung ist dabei die Dezentralisierung der Kulturarbeit, sowohl in bezug auf das „junge forum“ als darüber hinaus grundsätzlich.³

Ein institutioneller Ansatz für die Verbindung dezentraler betrieblicher und stadtteilbezogener Aktivitäten könnte die DGB-VHS-Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ sein, die sich bis jetzt allerdings noch im wesentlichen auf die Durchführung zentraler Veranstaltungen beschränkt.

Der *offizielle städtische Kulturbetrieb* vollzieht sich noch jenseits dieser Entwicklungen in den Cities der Großstädte. Die in den 60er und beginnenden 70er Jahren wesentlich zum Zweck der Attrahierung qualifizierter Arbeitskräfte gebauten „Kulturpaläste“ haben ganz offensichtlich ihren Zweck nicht erfüllt, verschlingen indes jedoch den Hauptteil der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen⁴. Wie das Duisburger Beispiel zeigt, haben unter den Bedingungen verschärfter fiskalischer Krise vor allem die dezentralen,

also die unmittelbar für die Versorgung der Bevölkerung maßgeblichen Kulturaktivitäten (Schließung der Stadtteil-Bibliotheken)⁵ zu leiden.

Eine arbeitnehmer- und sozialorientierte Wohnumfeldpolitik müßte schrittweise die dezentralen Kulturaktivitäten ausweiten und vor allem die bürgerschaftlichen Initiativen (Volkshaus-, Ausländer-, Jugendzentrumsbewegung) aktiv unterstützen.

Ziel einer solchen Kulturpolitik ist die Stärkung sozialer Beziehungen in den Stadtteilen, Identifikation mit dem Quartier, Aktivierung eines breiten bürgerschaftlichen Engagements für die Erhaltung und Verbesserung des Lebensraumes.

Bestandteil einer solchen dezentralen, wohnquartierbezogenen Kulturpolitik ist auch die Unterstützung der Kultur- und landsmannschaftlichen Aktivitäten der *ausländischen Bevölkerung*, deren Eigenständigkeit anerkannt werden muß.

Wesentlich ist in diesem Zusammenhang, daß homogene Sozialstrukturen ausländischer Bevölkerung nicht von vornherein als „Ghetto“ betrachtet und einer sozialen Zwangsdurchmischung unterworfen werden. Ausländerwohnquartiere werden erst dann zu Ghettos, wenn sie wegen der städtebaulichen Mißstände von allen anderen Wohnschichten gemieden werden. Ghetto-Bildung kann nicht dadurch verhindert werden, daß Ausländerwohnquartiere „wegsaniert“ werden — sie entstehen nämlich dann anderswo —, sondern indem die Wohnquartiere baulich und städtebaulich nicht vernachlässigt bzw. bedürfnisgerecht modernisiert werden. Hierauf kann die Gemeinde mit ihrem bau- und wohnungsaufsichtsrechtlichen Instrumentarium weitgehenden Einfluß nehmen.

Auch im Bereich der sozialen Infrastruktur und Wohnumfeldplanung kann die Gemeinde wesentlich zur Verbesserung der Lebensbedingungen ausländischer Arbeiterfamilien in den Wohnquartieren und damit zur Stabilisierung des Stadtteils beitragen. Neben einem ausreichenden Angebot an Bildungseinrichtungen (auch weiterführende Schulen!) gehören hierzu die Unterstützung von Ausländervereinen, stadtteilbezogenen Ausländerfesten und vor allem die Förderung von Ausländerzentren.

ZUSAMMENFASSUNG DER ANFORDERUNGEN AUS DEN SOZIALKULTURELLEN NUTZUNGSANSPRÜCHEN AN DAS WOHNUMFELD

1. Überprüfung stadtplanerischer Maßnahmen auf soziale und soziokulturelle Konsequenzen

Verkehrsplanungen, Sanierungen, Wohnum-

feldplanungen etc. müssen auf ihre sozialen und soziokulturellen Konsequenzen hinterfragt werden. Nur so können die durch die Stadtplanung und den Stadtbau selbst bedingten sozialen Erosionsprozesse eingedämmt werden. In der Stadtteil- und Quartiersentwicklungsplanung müssen Modelle sozialer Zwangsmischung zugunsten der Erhaltung homogener – auch „einseitiger“ – Sozialstrukturen aufgegeben werden. Dabei ist Ghetto-Bildung zu vermeiden, indem die Kommune verstärkt von ihrem bau- und Wohnungsaufsichtsrechtlichen Instrumentarium Gebrauch macht, gezielt im Bereich der sozialen Infrastruktur investiert und so einer Verslumung entgegenwirkt.

3. Unterstützung stadtteilbezogener Kulturinitiativen, Dezentralisierung kommunaler Kulturinvestitionen

Anstelle der zentralen Kulturaktivitäten in den meist menschenleeren Citys sollte sich der Schwerpunkt städtischer Kulturaktivitäten in die Stadtteile verlagern. Wie teilweise im nördlichen Ruhrgebiet der Fall (Westfälisches Landestheater Castrop-Rauxel) sollten die Theater zum Zuschauer bzw. Teilnehmer kommen.

Darüber hinaus müssen die Städte wesentlich mehr als bisher die kulturelle Eigeninitiative der Bevölkerung (z.B. Initiativen für Volkshäuser, Theater- und Musikgruppen etc.) vorurteils- und bevormundungsfrei unterstützen.

2. Dezentralisierung des Angebots an sozialer Infrastruktur

Maßnahmen Schwerpunkte sind hier insbesondere die Bereiche Bildung und Kultur sowie Medizin.

Die ärztliche Versorgung in den Ausländerschwerpunkten ist i.a. wesentlich schlechter als in den besseren Gebieten der deutschen Wohnbevölkerung. Ähnliches gilt für die deutschen Arbeiterquartiere, vor allem die peripheren Wohnsiedlungen der 60er Jahre. Hier muß die Gemeinde gezielt auf die Niederlassung praktischer Ärzte – auch ausländischer – hinwirken.

Im Bereich der Bildungspolitik muß die Tendenz der letzten Jahre zur Zentralisierung von Bildungseinrichtungen kritisch überprüft werden. Aufgrund der bekannten Wechselwirkung zwischen Angebot und Wahrnehmung des Bildungsangebotes müssen verstärkt die sozial benachteiligten Stadtteile, vor allem auch die Ausländerquartiere, berücksichtigt werden.

Die Forderung nach Dezentralisierung des Bildungsangebotes gilt auch im besonderen Maße für die Erwachsenenbildung durch die VHS und hier insbesondere für Sprachkurse für Ausländer.

Ein weiterer Schwerpunkt der dezentralen VHS-Arbeit sollte die Behandlung von Konflikten im Stadtteil (Verkehrsplanungen, Sanierungen etc.) bzw. im Wohnbereich (Modernisierungsprobleme,

Mietentwicklung etc.) sein. Zusammen mit den örtlichen Gewerkschaften (z.B. im Rahmen von „Arbeit und Leben“) sollten Probleme der Beziehung zwischen Wohnen und Arbeiten bzw. des Mobilitätszwanges stadtteil- bzw. quartiersbezogen aufgearbeitet werden.

4. Aufbau eines stadtteilbezogenen Systems von „Häusern der offenen Tür“

Materielle Voraussetzung für die Dezentralisierung kommunaler Kulturaktivitäten ist der Aufbau eines Netzes stadtteilbezogener Kultur- und Kommunikationszentren. Diese Zentren müssen „Häuser der offenen Tür“ sein und von den Benutzern selbst verwaltet werden. „Häuser der offenen Tür“ wären die Kristallisationspunkte stadtteilbezogener sozialer und kultureller Aktivitäten der deutschen und ausländischen Bevölkerung: von VHS-Kursen über Theater- und Musikveranstaltungen bis zu den Treffs von Mieter-, Arbeitslosenselbsthilfeinitiativen etc.

5. Anerkennung der soziokulturellen Nutzungsansprüche nicht-mittelständischer, insbesondere ausländischer Wohnbevölkerung an das Wohnumfeld

Wie oben aufgezeigt, sind die Belastungen und Risiken des industriellen Produktionsprozesses klassen- und schichtenspezifisch verteilt. Eine arbeitnehmerorientierte Wohnumfeldplanung muß hieraus den Schluß ziehen, den Regenerationsansprüchen dieser Teile der Bevölkerung besondere Priorität einzuräumen, um die faktische Benachteiligung nicht noch weiter zu verschärfen. Für die planerische Praxis heißt das nicht nur eine Neufestsetzung von Nutzungsprioritäten sondern ein grundsätzliches Umdenken und eine Kritik an mittelständischen Ordnungs- und Ästhetikbegriffen.

Diese Forderung bezieht sich sowohl auf Wohnumfeldverbesserung wie auf die Wohnungsmodernisierung und das Verhältnis beider zueinander. So wenig es den Bedürfnissen der Bewohner einer Arbeitersiedlung entspricht, wenn das für mittelständische Bedürfnisse „zu kleine“ Wohnzimmer auf Kosten der „zu großen“ Wohnküche vergrößert wird – wie häufig bei Modernisierungen der Fall –, sowenig sinnvoll ist es, ausländischen Arbeitern als Ersatz für ihr zerstörtes Grabland einen Platz in einem Dauerkleingarten anzubieten. Stadtteilpolitik und -planung müssen hier eine neue Sensibilität finden, vor allem aber müssen klare politische Entscheidungen zugunsten der „Nischennutzungen“ fallen. Die Voraussetzungen hierfür sind jedoch in den Stadtparlamenten – wie oben aufgezeigt – denkbar gering; so wird die Verteidigung dieser Form von Wohnqualität auch in Zukunft wesentlich die Sache von Bürgerinitiativen bleiben.

Der Beitrag von U. Hellweg ist ein Auszug aus einem längeren Aufsatz („Ansatzpunkte für eine arbeitnehmer- und sozial-

orientierte Wohnumfeldplanung im industriellen Verdichtungsraum“), der demnächst in einem von Franz Pesch und Klaus Selle herausgegebenen Reader erscheinen wird. Näheres im nächsten Heft.

- 1) Vgl. RWI: Motive und Strukturen der Wanderungen im Ruhrgebiet, Düsseldorf 1978, S. 24
- 2) Unter Beteiligung zahlreicher Bewohner wurde das seit Jahren verfallende und schon fast zugewachsene Gebäude freigelegt, gesäubert und provisorisch instand gesetzt. Anlässlich des UNESCO-Kongresses „Kultur und Alltag“ im Juni 1978 in Gelsenkirchen wurde ein Festabend mit Musik und kaltem Buffet für die Bewohner und Kongreßteilnehmer veranstaltet, der großen Anklang fand. In einem offenen Brief an den Oberbürgermeister der Stadt erklären die Kongreßteilnehmer, daß es sich bei dem Volkshaus um eine richtungsweisende und beispielhafte Einrichtung handelt und bitten den OB um eine bevormundungsfreie Unterstützung solcher Initiativen. Mit einem Aufwand von 60.000 DM könnte das alte Waschhaus in ein Kulturzentrum und eine Begegnungsstätte verwandelt werden. Bis heute ist noch keine Entscheidung über eine finanzielle Unterstützung seitens der Stadt gefallen.
- 3) Vgl. „Entschießung zur Kultur- und Freizeitarbeit“, Antrag des Jugendausschusses der IG Metall, beschlossen von der 10. ordentlichen DGB-Bundesjugendkonferenz in Frankfurt/Main im Dezember 1977, in: Werkstatt, Sonderheft: Gewerkschaft und Kulturarbeit Nr. 13–15, 1978, S. 23.
- 4) „Zwar sind die Kulturretats in den letzten Jahren absolut gestiegen, jedoch ist ihr Anteil am Gesamthaushalt der Gemeinden zurückgegangen und liegt 1978 in den Städten, die den Großteil aller Mittel für die Kulturarbeit im Revier aufbringen, nämlich in Duisburg, Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund und Hagen (2.800.000 Einwohner), zusammen bei 4%. Dabei entfallen allein 55% auf die von ihnen finanzierten Theater und Orchester, 17% auf die Büchereien und 7% auf die Weiterbildung.“ (EICHLER, K.: Kultur an der Ruhr – Kulturelle Infrastruktur und Kommunale Kulturpolitik im Revier, in: tendenzen Nr. 121, Sept./Okt. 1978, S. 8.
- 5) „So will Duisburg, die am höchsten verschuldete Stadt in der Bundesrepublik, im Rahmen eines staatlich verordneten Sparprogramms bis 1985 vier Zweigstellen der Stadtbibliothek schließen.“ (ebd.)